

Unselbstständiger Entschließungsantrag (§ 51 GeoLT)

freigegeben am 17.03.2025, 14:15:29

Landtagsabgeordnete(r): Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer (SPÖ), LTAbg. Jochen Bocksrucker (SPÖ), LTAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAbg. Mag. (FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAbg. Johannes Schwarz (SPÖ), LTAbg. Maximilian Lercher (SPÖ), LTAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), LTAbg. Klaus Zenz (SPÖ)

Regierungsmitglied(er): Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer

Zu Tagesordnungspunkt 10

Betreff:

Forschung, Digitalisierung und Innovation: Schlüssel für eine zukunftsfähige Arbeitswelt

Der technologische Fortschritt bietet große Chancen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und Arbeitnehmer zu entlasten. Durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Automatisierung und digitalen Assistenzsystemen können zeitaufwendige und wiederholende Aufgaben effizienter erledigt werden, wodurch Mitarbeitende mehr Zeit für kreative und anspruchsvolle Tätigkeiten gewinnen. Dies verbessert nicht nur die Arbeitsqualität, sondern auch die Zufriedenheit der Beschäftigten.

Technologien wie KI optimieren Prozesse in Verwaltung, Produktion und Logistik, während Roboter gefährliche Arbeiten übernehmen und digitale Assistenten Büroaufgaben erleichtern. In der Medizin verbessert die Digitalisierung die Diagnostik und Patientenversorgung. Flexible Arbeitsmodelle und digitale Tools tragen zudem zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bei, was die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden langfristig fördert.

Auch die öffentliche Verwaltung kann von diesem technischen Fortschritt profitieren. Durch die Einführung innovativer Technologien könnten Verwaltungsprozesse optimiert und öffentliche Dienstleistungen effizienter angeboten werden. Dies würde nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, sondern auch die Ressourcen der Verwaltung besser nutzen. Um diese Potenziale zu realisieren, sind verstärkte Forschungs- und Entwicklungsinitiativen erforderlich.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. verstärkt Forschungs- und Entwicklungsprojekte fördern, um Künstliche Intelligenz, Automatisierung und digitale Assistenzsysteme voranzubringen. Dabei muss sichergestellt

werden, dass neue Technologien sozialverträglich sind, Arbeitsprozesse erleichtern und die Arbeitsqualität verbessern.

2. innovative Technologien gezielt in der öffentlichen Verwaltung einzusetzen, um Prozesse zu optimieren, die Effizienz öffentlicher Dienstleistungen zu steigern und allen Bürgerinnen und Bürgern einen gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen.
3. Programme zur Weiterbildung und Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, um den Umgang mit neuen Technologien zu ermöglichen und die Beschäftigten fit für die Zukunft zu machen.

Unterschrift(en):

Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer (SPÖ), LTAvg. Jochen Bocksruker (SPÖ), LTAvg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAvg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAvg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAvg. Johannes Schwarz (SPÖ), LTAvg. Andreas Thürschweller (SPÖ), LTAvg. Klaus Zenz (SPÖ)